

Luzern, 8. September 2025

STELLUNGNAHME ZU POSTULAT**P 509**

Nummer: P 509
Eröffnet: 08.09.2025 / Gesundheits- und Sozialdepartement
Antrag Regierungsrat: 08.09.2025 / Teilweise Erheblicherklärung
Protokoll-Nr.: 965

Postulat Müller Guido und Mit. über den Einsatz des Kantons für die Werte des J+S-Sportförderprogramms und den Ausgleich einer allfällig entstehende Lücke durch die Kürzung von Bundessubventionen

Der Postulant fordert den Regierungsrat auf, sich beim Bund gegen die angekündigten Kürzungen im Bereich Jugend+Sport (J+S) einzusetzen. Zudem soll der Regierungsrat sicherstellen, dass die Kürzungen im Jahr 2026 vorerst über den Lotteriefonds kompensiert werden. Diese Massnahme ist zeitnah zu kommunizieren. Weiter soll geprüft werden, wie eine längerfristige Finanzierung allfälliger Kürzungen durch den Kanton erfolgen könnte.

Wie in der Antwort unseres Rates auf das Postulat P 506 von Andrea Pfäffli und Mit. über den Ausgleich der vom Bund angekündigten J+S-Kürzungen durch den Kanton Luzern dargelegt, ist sich der Regierungsrat der Bedeutung des grössten Sportförderprogramms des Bundes bewusst. So haben im Jahr 2024 im Kanton Luzern 84'493 Kinder und Jugendliche ein Angebot von J+S besucht und es wurden CHF 6,6 Mio. J+S Gelder an Vereine und Organisationen ausbezahlt. Damit stellt J+S eine wichtige Stütze im Bereich der Breitensportförderung dar. Eine Kürzung der Bundesbeiträge um 20 Prozent hätte zur Folge, dass die Sportvereine und weitere Organisationen im Kanton Luzern rund CHF 1,378 Mio. weniger erhalten würden.

Unser Rat teilt die Meinung, dass der Bundesrat auf die geplanten Kürzungen verzichten und die Finanzierung von J+S auch künftig vollumfänglich durch den Bund sichergestellt werden muss. Unser Rat setzt sich dafür im Rahmen seiner Kompetenzen und Möglichkeiten – beispielsweise in der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) sowie der Konferenz der kantonalen Sportbeauftragten (KKS) oder im Austausch mit den Bundesparlamentariern/innen aus dem Kanton Luzern – ein.

Unser Rat spricht sich jedoch gegen die proaktive Kompensationszusicherung und gegen die proaktive Prüfung einer längerfristigen Finanzierung durch den Kanton aus, um den Druck auf den Bund aufrecht zu erhalten. Sollte sich zeigen, dass die Unterstützung des Bundes im Bereich J+S im Jahr 2026 tatsächlich um 20 Prozent gekürzt wird, werden wir Teilkompensationsmöglichkeiten für die wegfallenden Gelder prüfen. Eine längerfristige Finanzierung durch

die Kantone wäre im Kontext des Projekts «[Entflechtung 27 – Aufgabenteilung Bund-Kantone](#)» zu verorten, das insgesamt 21 Aufgabengebiete umfasst, darunter auch die Sportförderung.

Zusammenfassend beantragt unser Rat, das Postulat im Sinne der vorgebrachten Erwägungen teilweise erheblich zu erklären.